

Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

Schäfer & Partner mbB Rechtsanwälte

Haagstraße 8 - 10, 61169 Friedberg/Hessen
Telefon: 06031/12032 u. 73253 – Telefax: 06031/62187

E-Mail: info@raschaefer-partner.de
www.RaSchaefer-Partner.de

Ausgabe: private Mandanten

- alle Angaben ohne Gewähr -

Februar 2019

Verkehrsrecht

Polizeiliche Schätzung einer Geschwindigkeitsüberschreitung reicht alleine nicht aus

Die Feststellung der nicht angepassten Geschwindigkeit eines Autofahrers in einer Tempo-30-Zone durch eine bloße polizeiliche Schätzung ohne weitere tatsächliche Feststellungen ist für das Amtsgericht Dortmund als Verurteilungsgrundlage nicht ausreichend, wenn insbesondere Angaben zu einem besonderen Fahrverhalten oder dessen Auswirkung auf andere Verkehrsteilnehmer fehlen.

Urteil des AG Dortmund vom 06.02.2018
729 OWi - 261 Js 2511/17 - 379/17
DAR 2018, 396

Anforderungen an die Feststellungen zur Fahreridentität bei unbrauchbarem Radarfoto

Die Feststellung, dass ein Betroffener höchstwahrscheinlich der auf dem Radarfoto nicht klar erkennbare Fahrer bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung gewesen ist, kann eine Verurteilung nicht rechtfertigen. In dem Bußgeldverfahren hatte ein vom Gericht bestellter Sachverständiger festgestellt, dass der Betroffene höchstwahrscheinlich der Fahrer ist, die Begutachtung jedoch unter dem Vorbehalt steht, dass nicht ein ihm ähnlich sehender Blutsverwandter für die Fahrereigenschaft infrage kommt.

Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit ist weniger als mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit. Daher reicht die seitens eines Sachverständigen festgestellte hohe Identitätswahrscheinlichkeit für das Oberlandesgericht Oldenburg für eine Verurteilung nicht aus, wenn das Foto eine mindere Qualität aufweist.

Beschluss des OLG Oldenburg vom 22.06.2018
2 Ss (OWi) 176/18
Pressemitteilung des OLG Oldenburg

Verkehrskontrolle und Alkoholtest auf privatem Parkplatz

Auch wenn eine Verkehrskontrolle erst, nachdem der Autofahrer seinen privaten Parkplatz erreicht hat, durchgeführt und daraufhin ein freiwilliger Alkoholtest vorgenommen wird, kann die vorangehende Fahrt unter Alkoholeinfluss geahndet werden.

Der Einwand des betroffenen Autofahrers, die Verkehrskontrolle hätte nicht auf Privatgrund durchgeführt werden dürfen, da es sich um eine verdachtsunabhängige allgemeine Verkehrskontrolle gehandelt habe, begründete für das Amtsgericht München kein Verwertungsverbot für die Atemalkoholmessung.

Beschluss des AG München vom 07.09.2018
953 OWi 421 Js 125161/18
Justiz Bayern online

Keine unklare Verkehrslage durch bloße Geschwindigkeitsreduzierung des Vorausfahrenden

Das Amtsgericht verhängte gegen einen Autofahrer wegen fahrlässigen Überholens bei unklarer Verkehrslage eine Geldbuße in Höhe von 145 Euro. Er hatte einen vorausfahrenden Pkw überholt, nachdem dessen Fahrer die Geschwindigkeit erheblich vermindert hatte. Als dieser ohne zu blinken nach links abbog, war es zur Kollision der Fahrzeuge gekommen. Das Oberlandesgericht Hamm hob das Urteil mit der Begründung auf, dass alleine ein relatives Langsamfahren oder eine Verlangsamung der Fahrt des Vorausfahrenden ohne sonstige Auffälligkeiten oder das Hinzutreten weiterer Umstände noch keine unklare Verkehrslage i.S.d. § 5 Abs. 3 Nr. 1 StVO begründet.

Beschluss des OLG Hamm vom 14.06.2018
III-4 RBs 174/18
jurisPR-VerkR 22/2018 Anm. 5

Familien- und Erbrecht

Keine Eintragung der Ehefrau als "weitere Mutter" im Geburtsregister

Nach Einführung der Ehe für alle zum 1. Oktober 2017 können grundsätzlich auch zwei Frauen Eltern eines Kindes sein. Der Gesetzgeber hat jedoch das Abstammungsrecht im Zuge der Gesetzesänderung (noch) nicht entsprechend angepasst. Dies hat zur Folge, dass eine Eintragung der Ehefrau als "weitere Mutter" im Geburtsregister zumindest derzeit nicht möglich ist. Die Vorschrift des § 1592 Nr. 1 BGB regelt ausschließlich die Vaterschaft des Kindes und ist laut Oberlandesgericht Dresden nicht analog auf gleichgeschlechtliche Ehepaare anwendbar.

Beschluss des OLG Dresden vom 02.05.2018
3 W 292/18
FamRZ 2018, 1165

Streit geschiedener Eheleute um Hund

Bei der anlässlich einer Trennung oder Scheidung durchzuführenden Hausratsaufteilung ist ein Haustier, auch wenn es sich um ein Lebewesen handelt, rechtlich als Haushaltsgegenstand anzusehen, der auf Antrag durch eine gerichtliche Entscheidung einem der Ehepartner zugewiesen werden kann.

Im Streitfall kommt es insbesondere darauf an, wer den Hund in der Vergangenheit überwiegend versorgt, gepflegt und beschäftigt hat, wer also die Hauptbezugs-person des Tieres ist. So hat das Oberlandesgericht Oldenburg entschieden, dass eine Ehefrau von ihrem Ex-

Ehemann nicht den während der Ehe gemeinsam angeschafften Hund herausverlangen kann, wenn der Hund schon über zwei Jahre lang bei dem Mann gelebt und dieser sich zu dessen Hauptbezugs-person entwickelt hat.

Beschluss des OLG Oldenburg vom 16.08.2018
11 WF 141/18
Pressemitteilung des OLG Oldenburg

Unzutreffende Benennung als "Haupterbe" in Testament

Eine in einem privatschriftlichen Testament rechtlich unzutreffende Bezeichnung ist unbeachtlich, da es bei der Auslegung eines Testaments nicht allein auf den Wortlaut ankommt. Dies verdeutlicht ein vom Kammergericht Berlin entschiedener Fall:

Hat der Erblasser eine Person in einem Testament als "Haupterbe" bezeichnet, jedoch zugleich weiteren ebenfalls als "Erben" bezeichneten Personen das übrige Vermögen in Quoten zugewiesen, so ist sie nicht Alleinerbe. Vielmehr sind neben ihr die weiteren nach Quoten von 5 bis 20 Prozent bedachten Personen Miterben geworden (§ 2087 Abs. 1 BGB).

Beschluss des KG Berlin vom 31.01.2018
26 W 57/16
ErbR 2018, 389

Versicherungsrecht

Verursachung eines Leitungswasserschadens durch 3-jähriges Kind

Die Eltern eines 3-jährigen Kindes können nicht haftbar gemacht werden, wenn ihr allein schlafendes Kind unbeobachtet aufsteht und im Badezimmer einen Wasserschaden verursacht. In einer geschlossenen Wohnung müssen Kinder dieses Alters - so das Oberlandesgericht Düsseldorf - nicht mehr unter ständiger Beobachtung stehen. Auch der Gang zur Toilette bedarf mangels erhöhter Gefahrenlage keiner unmittelbaren Aufsicht mehr. Ausreichend ist es deshalb, wenn sich der Aufsichtspflichtige in Hörweite aufhält.

Legen sich die Eltern in der Mittagszeit, während das Kind schläft, zum Ruhen hin, ist dies nicht zu beanstanden. Die Anforderungen an die Aufsichtspflicht würden überspannt, wenn eine entsprechende Ruhe durch die Ausübung regelmäßiger Kontrollen unterbrochen werden müsste. Im entschiedenen Fall musste die bestehende Wohngebäudeversicherung alleine für den verursachten Schaden in Höhe von 15.000 Euro aufkommen.

Beschluss des OLG Düsseldorf vom 26.04.2018
I-4 U 15/18
VersR 2018, 1191

Mietwagenkosten für 43 Tage bei ungewöhnlich langer Reparaturdauer

Wer unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt wird, hat Anspruch auf Ersatz der Kosten für einen Mietwagen während der gesamten Reparaturdauer. Dauert die Reparatur länger, als in dem zuvor eingeholten Sachverständigen-gutachten angegeben, geht dies zumindest dann nicht zulasten des Unfallgeschädigten, wenn der von der Werkstatt erstellte Reparaturablaufplan keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass sich die Reparatur unnötig verzögern könnte.

Mit der Übergabe des Fahrzeugs an die Werkstatt ist die Durchführung der Reparatur in der Regel dem Einfluss des Fahrzeughalters entzogen. Das sogenannte Werkstatt-risiko, d.h. das Risiko einer Verzögerung der Reparatur, hat stets der Unfallverursacher zu tragen. Im vorliegenden Fall sprach das Amtsgericht Lübeck dem Unfallgeschädigten die geltend gemachten Mietwagenkosten für insgesamt 43 Tage zu, an denen ihm der Wagen reparaturbedingt nicht zur Verfügung stand.

Urteil des AG Lübeck vom 04.10.2018
26 C 569/18
Pressemitteilung des AG Lübeck

Zugang einer Kündigung bei anwesendem Arbeitnehmer

Eine vom Arbeitgeber ausgesprochene Kündigung ist erst wirksam, wenn sie dem Arbeitnehmer zugegangen ist. Nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf ist eine schriftliche Kündigungserklärung dem anwesenden Arbeitnehmer nicht zugegangen, wenn ihm die einzige Ausfertigung des Schriftstücks lediglich kurz zur Empfangsquittierung und anschließender Rückgabe an den Arbeitgeber vorgelegt wird.

Urteil des LAG Düsseldorf vom 03.07.2018
8 Sa 175/18 - NZA-RR 2018, 653

Kein automatisches Erlöschen des Urlaubsanspruchs bei nicht gestelltem Urlaubsantrag

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bejaht einen Verstoß gegen zwingende EU-Vorschriften, wenn nach einer nationalen Regelung ein Arbeitnehmer, der im Bezugszeitraum keinen Urlaubsantrag gestellt hat, am Ende dieses Zeitraums die ihm zustehenden Urlaubstage und entsprechend bei Beendigung seines Arbeitsverhältnisses seinen Abgeltungsanspruch für nicht genommenen Urlaub automatisch verliert, ohne dass vorher geprüft wird, ob der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmer z.B. durch angemessene Aufklärung tatsächlich in die Lage versetzt hat, den Anspruch wahrzunehmen.

Nur wenn der Arbeitgeber nachweisen kann, dass der Arbeitnehmer trotz entsprechenden Hinweises aus freien Stücken und in voller Kenntnis der Sachlage darauf verzichtet hat, seinen bezahlten Jahresurlaub zu nehmen, steht dem Wegfall einer finanziellen Vergütung auch EU-Recht nicht entgegen.

Urteil des EuGH vom 06.11.2018
C-684/16
jurisPR-ArbR 49/2018 Anm. 2

Kein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz bei Handynutzung im Straßenverkehr

Dass die Nutzung von Handys oder Smartphones im Straßenverkehr gefährlich ist, ist hinlänglich bekannt. Wie ein Urteil des Sozialgerichts Frankfurt zeigt, kann dies neben der Unfallgefahr erhebliche rechtliche und finanzielle Folgen haben.

So ist der Zusammenstoß eines Fußgängers mit einem Zug beim Überqueren eines unbeschränkten Bahnübergangs auf dem Heimweg von der Arbeit dann nicht als Arbeitsunfall anzuerkennen, wenn der Versicherte durch das Telefonieren mit dem Handy derart abgelenkt war, dass die Handynutzung als wesentliche Unfallursache anzusehen ist.

Urteil des SG Frankfurt vom 18.10.2018
S 8 U 207/16
ZAP EN-Nr 718/2018

Mangelnder Unfallversicherungsschutz bei Ausübung eines Ehrenamtes

Ein ehrenamtlicher Baumwart, der beim Schneiden eines Obstbaums im Auftrag des Ortsverschönerungsvereins mehrere Meter von der Leiter heruntergefallen ist und sich dabei erheblich verletzt hat, hat mangels Bestehens einer freiwilligen Unfallversicherung keinen Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

Hinweis: Bei derartigen Tätigkeiten ist daher darauf zu achten, dass der Träger, für den der Ehrenamtliche tätig ist, für diesen eine freiwillige Unfallversicherung abschließt.

Urteil des Bayerischen LSG vom 18.10.2018
L 7 U 36/14
JURIS online

Sonstiges

Jogger darf herannahenden Hund im Park mit Schriallalarm abwehren

Nach einem Urteil des Amtsgerichts Augsburg darf ein Jogger in einem öffentlichen Park einen herannahenden Hund mit einem sogenannten Schriallalarm abwehren. Ein Abwarten konkreter Anzeichen, dass der Hund zu beißt, ist nicht erforderlich und auch nicht zumutbar.

Eine Fehleinschätzung der Situation kann nicht zulasten des von dem Hund bedrohten Passanten gehen. Das Gericht wies folglich die Schmerzensgeldklage des Hundehalters ab, der behauptet hatte, durch den Schriallalarm einen Tinnitus erlitten zu haben.

Urteil des AG Augsburg vom 07.12.2018
18 C 920/18
Justiz Bayern online

Jugendamt muss für verhaltensauffälligen Schüler Schulgeld für private Schule tragen

Das Verwaltungsgericht Gießen hat das zuständige Jugendamt dazu verpflichtet, für einen 12-jährigen, von seinem Vater misshandelten und verhaltensauffälligen Schüler das Schulgeld für eine private Schule mit Schulbegleitung zu übernehmen. Die Beschulung des Schülers in der einzig zur Aufnahme bereiten privaten Regelschule unter Einbeziehung einer Schulbegleitung erwies sich nach Prüfung sämtlicher Alternativen für das Gericht als die einzig richtige Lösung. Dementsprechend muss die Jugendhilfe auch die Kosten für diese Schule tragen.

Urteil des VG Gießen vom 19.11.2018
7 K 1468/18.GI
Pressemitteilung des VG Gießen

Miet-, WEG- und Nachbarrecht

Wohnungseigentümer können einheitlichen Einbau von Rauchwarnmeldern beschließen

Eine Wohnungseigentümergeinschaft kann den nach den gesetzlichen Bestimmungen zwingenden Einbau und die Wartung von Rauchwarnmeldern durch die Gemeinschaft in allen Wohnungen auch dann wirksam beschließen, wenn dadurch Wohnungen einbezogen werden, in denen Eigentümer bereits Rauchwarnmelder angebracht haben. Der Bundesgerichtshof begründete dies damit, dass nur durch die einheitliche Anschaffung und die einheitliche Regelung der Wartung und Kontrolle sichergestellt werden kann, dass die Rauchwarnmelder den einschlägigen DIN-Normen entsprechen und durch qualifiziertes Fachpersonal installiert und gewartet werden.

Urteil des BGH vom 07.12.2018
V ZR 273/17 - BGH online

Zustimmung zum Mieterwechsel in WG darf nicht von Mieterhöhung abhängig gemacht werden

Hat ein Vermieter die Nutzung der Mietwohnung durch eine studentische Wohngemeinschaft gebilligt und hat er in der Vergangenheit mehreren Mieterwechseln zugestimmt, so besteht auch künftig ein Anspruch auf Zustimmung, sofern gegen die Person des neuen Mieters keine gravierenden Bedenken bestehen. Der Anspruch auf einen Mieterwechsel ist dadurch Bestandteil des Mietvertrags geworden. Der Vermieter kann seine Zustimmung nicht von der Vereinbarung einer Mieterhöhung abhängig machen.

Urteil des AG Gießen vom 02.07.2018
48 C 295/17
WuM 2018, 709

Fehlverhalten des Mieterkindes berechtigt nicht zur Kündigung des Mietverhältnisses

Schwere Pflichtverletzungen des Kindes eines Mieters gegenüber dem Vermieter bzw. dessen Kind können dem Mieter nicht per se zugerechnet werden und rechtfertigen allein keine fristlose Kündigung. Das Oberlandesgericht Frankfurt hält in einem derartigen Fall eine vorherige Abmahnung des Mieters mit dem Ziel, das Verhalten des Kindes abzustellen, vor Ausspruch einer Kündigung für zwingend erforderlich.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 11.09.2018
2 U 55/18 - JURIS online

Unzumutbare Tiefgaragenzufahrt an Grundstücksgrenze

Nach den meisten Landesbauordnungen sind Garagen unter bestimmten Bedingungen ohne Abstandsflächen an der Grundstücksgrenze zulässig. Für das Oberverwaltungsgericht Nordrhein Westfalen besagt dies jedoch nicht, dass der Nachbar die mit der Nutzung einer solchen Garage verbundenen Einwirkungen auf sein Grundstück in jedem Fall hinzunehmen hat.

Soll eine Tiefgaragenzufahrt über eine Länge von circa 18 m offen und unmittelbar an der Grenze zum Nachbargrundstück entlanggeführt werden, ist der Bau für die Nachbarn unzumutbar, wenn sie durch die Motorgeräusche der ein- und ausfahrenden Fahrzeuge stark beeinträchtigt würden. Die Nachbarn konnten den Bau der Tiefgaragenzufahrt somit verhindern.

Beschluss des OVG NRW vom 27.07.2018
10 B 690/18
Wirtschaftswoche Heft 41/2018, Seite 83

Reiserecht

Erstattung der Vermittlungsprovision

Wird ein gebuchter Flug annulliert, muss die Fluggesellschaft ihrem Kunden nicht nur den Ticketpreis zurückerstatten, sondern muss ihm auch die von dem in Anspruch genommenen Buchungsportal berechnete Vermittlungsprovision zurückzahlen. Der Erstattungsanspruch entfällt nur, wenn die Vermittlungsprovision ohne Wissen des Luftfahrtunternehmens festgelegt und erhoben wurde.

Urteil des EuGH vom 12.09.2018
C-601/17 - RdW Heft 21/2018, Seite III

Reisemangel durch geänderten Abflugort

Für das Amtsgericht München kann ein geänderter Abflugort (hier vom Flughafen Berlin Schönefeld zum Flughafen Leipzig) einen Reisemangel darstellen, der eine Reisepreisminderung in Höhe von 15 Prozent des anteiligen Preises für den Reisetag rechtfertigt. Sofern durch die Verlegung keine zusätzlichen Anreisekosten anfallen, steht dem Fluggast jedoch keine weitere Entschädigung zu.

Urteil des AG München vom 15.01.2018
154 C 19092/17 - Wirtschaftswoche Heft 41/2018, S. 82

Medizinrecht

Keine Aufklärungspflicht auf späteres Risiko einer Implantatentfernung

Ein Arzt muss vor einer Brustimplantation seine Patientin nur über die Risiken im Zusammenhang mit dem Einsetzen eines Brustimplantats aufklären. Nach Meinung des Oberlandesgerichts Frankfurt ist er jedoch nicht verpflichtet, zugleich über das spätere Risiko zu informieren, dass ein Brustimplantat bei seiner Explantation beschädigt werden kann. Der Patientin stand daher

kein Anspruch auf Schmerzensgeld wegen Verletzung der ärztlichen Aufklärungspflicht zu, nachdem ein Implantat bei der Auswechslung gerissen war.

Urteil des OLG Frankfurt vom 06.11.2018
8 U 76/15
JURIS online